



# DIE ZEIT



Nr. 5 27. Januar 1978

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

35. Jahrgang, Preis 2,20 DM C 7451 C

## Sturheit, Chuzpe und kein Friede

Scheitert Sadats Sprung ins Dunkle? / Von Theo Sommer

Zwei Monate nach Anwar el-Sadats historischem Auftritt vor dem Jerusalemer Parlament ist die nahöstliche Friedenssuche abrupt ins Stocken geraten. Die politischen wie die militärischen Verhandlungen zwischen Israel und Ägypten sind nicht gänzlich abgebrochen, aber auf jeden Fall unterbrochen. Der Schwung der ersten Stunde ist dahin.

Auf beiden Seiten keimt abermals Mißtrauen. Zunehmend Verstimmung hat die euphorische Aufbruchstimmung vom November verdrängt. Rasch sind die Achtungsbezeugungen wieder kleinkarierten Gardinenpredigten und gegenseitigen Vorwürfen gewichen. Von „Arroganz“ und „Sturheit“ spricht Sadat, von Verlogenheit und „Chuzpe“ Begin. Der israelische Premier erregt sich, weil die ägyptische Presse ihm ob seines hartnäckigen Feilschens „Shylock“ schilt; er selber putzt Sadats 51-jährigen Außenminister Kamil beim Diner herablassend-provozierend als „jungen Mann“ herunter, der sich des Mißbrauchs nicht erinnere, den Hitler mit dem Selbstbestimmungsrecht getrieben hat.

Die Ägypten rätseln, was dahinter steckt. Handelt es sich um einen „zeitweiligen Rückschlag“, wie Präsident Carter meint, um ein Schlagloch auf der Straße zum Frieden — oder um den Anfang vom Ende der Friedensbemühungen? Um ein bloßes Mißverständnis — oder um einen Zusammenstoß zweier fremder Kulturen? Um einen Verhandlungstrick, augenzwinkernd von Sadat und Begin gemeinsam ins Werk gesetzt, der ihre Stellung im eigenen Lager verbessern soll — oder um ein tiefreichendes Zerwürfnis?

Zu Optimismus besteht wenig Anlaß. Tatsache ist: Sadat hat einen Sprung ins Dunkle gewagt; er hat — so die Kairoer Erklärung zum Verhandlungsstopp — alles angeboten, was er anzubieten sich leisten kann, die Anerkennung Israels und seines Lebensrechts im Vorderen Orient; er hat Frieden geboten gegen Territorium. Tatsache ist aber auch: Begin hat nicht vermerkt, über seinen Schatten zu springen; er zieht weiterhin eine prekäre Sicherheit jedem wirklichen Frieden vor; die Offerte der Anerkennung hat er nicht mit der Gegenofferte des Abzugs aus den besetzten Gebieten beantwortet, abgesehen höchstens von vereinbarten Grenzveränderungen. Wo Sadat sein Herz über die Hürde geworfen hat, rührt Begin sich nicht vom Fleck.

Als der Ägypter, offen und ohne Rückhalt, vor der Knesset sprach, entließ ihn der Israeli mit leeren Sprüchen. Als sich die beiden über Weihnachten in Ismailia trafen, wurde das Auseinanderklaffen ihrer Ansichten notdürftig verschleiert, Sadat klagte aber öffentlich: „Herr Begin hat jene schwierigen Entschlüsse noch nicht gefaßt, zu denen ich ihn in Jerusalem aufgefordert habe.“ Als die Israelis dann vor der Jahreswende ihren 26-Punkte-Plan für das Westjordanland und den Gazastreifen veröffentlichten, wurde klar, weshalb sich die Staatsmänner nicht zu einigen vermochten: Begin suchte die Legalisierung des bestehenden Zustandes, nicht seine Beendigung, und er dachte überhaupt nicht daran, die UN-Resolutionen 242 und 338 ernst zu nehmen.

### Schwierige Nüsse

Dieser Plan versprach die Auflösung der israelischen Militärverwaltung in Judäa, Samaria und Gaza, deren Einwohnern er „Verwaltungsautonomie“ einräumte. Er besagte aber ausdrücklich, daß für Sicherheit und öffentliche Ordnung in diesem Gebiet weiterhin die israelischen Behörden verantwortlich sein sollen (Punkt 11); das Militär also bleibt. Das Versprechen der Selbstverwaltung jedoch (die es ohnehin ja schon gibt) ist kein Zugeständnis, sondern primär eine Verweigerung: der palästinensischen Selbstbestimmung nämlich. Im übrigen beharrte Israel explizit (in Punkt 24) auf seinem „Recht“ und seinem „Souveränitätsanspruch“ über Judäa, Samaria und Gaza; es wollte ihn lediglich „offenlassen“ — was zugleich freilich heißt: offenhalten. Gleichfalls verweigert wurde eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems, wie es die UN-Resolution 242 verlangt; hier behielt sich Israel ein Vetorecht vor (Punkt 21).

Für jene, die diese Artikel des israelischen Friedensplanes mißdeuten mochten, wurde die zweifelsfreie Interpretation letzte Woche nachgeliefert. In der Kabinettsklärung vom 18. Januar hieß es: „Der ägyptische Außenminister... zögerte nicht, die Errichtung eines Palästinenserstaates auf dem Gebiet von Eretz Israel (dem Land Israel) in Judäa, Samaria und Gaza zu verlangen. Solch ein Palästinenserstaat hätte jede Aussicht auf Frieden zunichte gemacht und eine Gefahr für die Existenz des jüdischen Staates heraufbeschworen. Es hat in Israel nie eine Regierung gegeben und wird nie eine geben, die solchen Bedingungen zustimmen könnte.“ Frage: Warum hat Begin dies eigentlich nicht schon vor der Knesset sagen mögen, als Sadat dort die gleiche Forderung erhob? Weitere Frage: Warum hat er nicht damals schon rundheraus erklärt, was er jetzt in seinem unstrittigen Toast sagte: daß Israel niemals zu den „zerbrechlichen, brüchigen,

Angriff provozierenden und Blutvergießen verursachenden Grenzen vor dem 5. Juni 1967“ zurückkehren werde?

Räumung der besetzten Gebiete, Rückzug auf die alten Grenzen, Schaffung eines Palästinenserstaates — selbst bei bestem Willen wären das schwierige Nüsse zu knacken. Da wären Entgegenkommen, Übergangsfristen, Teillösungen nötig. Mutwillig aber hat der israelische Ministerpräsident obendrein noch andere Steine auf die Straße zum Frieden gerollt, indem er den Ausbau der jüdischen Siedlungen im Sinai anordnete und verkündete, lieber werde er zurücktreten, als diese Siedlungen aufzugeben. Wenn es je eine Hoffnung gegeben haben sollte, Sadat für einen Separatfrieden zu gewinnen — damit war ihm die Idee gewiß nicht schmackhaft zu machen. In Ismailia hatte der Raïs noch gesagt, der Sinai sei kein Problem, er sei Nebensache. Als Begin den Sinai zu einer der Hauptsachen hochstilisierte, mußte sich Sadat düpiert vorkommen.

Nein, Begin hat abermals die Vorstellung bekräftigt, die so viele sich von ihm machen: daß er ein unverbesserlicher Anhänger Groß-Israels ist; daß er nur einen völkerrechtlich bequemere gepolsterten Status quo anstrebt, nicht aber grundlegenden Wandel. Er hat nicht mit seiner Vergangenheit gebrochen, ist kein de Gaulle geworden: ein nationaler Führer, der sich aus nationaler Illusion befreite.

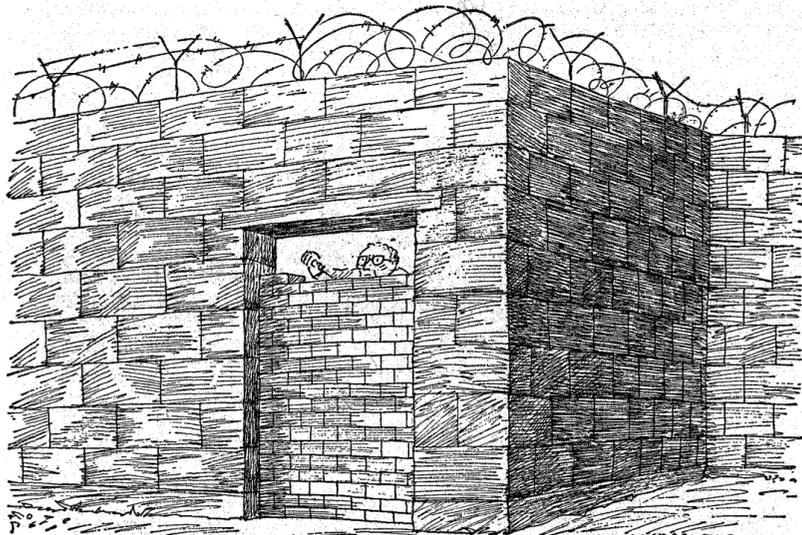
### Risiko eines Fehlschlags

Und nun? Die Risiken eines Fehlschlags sind groß — für den Nahen Osten, für Europa (dem Begin jüngst nahelegte, es möge sich gefälligst heraushalten), für das Verhältnis zwischen den Supermächten. Risiko Nummer eins: daß Sadat gestürzt wird, wenn seine Initiative steckenbleibt und in Kairo wieder Radikale aus Ruder kommen, die nicht auf Frieden spekulieren. Risiko Nummer zwei: daß die Sowjetunion auf neue Zulauf erhält im Nahen Osten — weil die Araber an der Fähigkeit wie dem Willen Amerikas und Westeuropas verzweifeln, eine Nahostregelung herbeizuführen, und sich abermals dem Waffenlieferanten Moskau zuwenden, der ihr Vorhaben unterstützen könnte, Israel aus ihrem Gebiet zu vertreiben. Risiko Nummer drei: daß die konservativen Araber, wenn schon eine derartige Tendenz nicht auch ihre Systeme umkremple und zum Krell hin orientiert, ein weiteres Mal zur Ölwanne greifen, um vom Westen einen orientalischen Frieden zu erpressen.

Europa und Amerika haben ein vitales Interesse am Lebensrecht Israels und an seiner staatlichen Existenz. Das kann freilich nicht heißen, daß sie die Bedingungen dieser Existenz gleich großzügig und bedenkenlos definieren könnten wie die Verfechter Groß-Israels; sie verstießen damit gegen ihre eigenen Lebensinteressen. Deswegen müssen sie — vor allem die Amerikaner, von denen Israel ideell, finanziell und in seiner militärischen Ausrüstung abhängt — in der gegenwärtigen Situation erst recht auf einen Kompromiß hinwirken.

Die Grundzüge des Kompromisses sind klar. Er muß einerseits den Israelis das Gefühl geben, daß ihre Sicherheit nicht gefährdet wird; er muß andererseits den Arabern die Gewissheit schaffen, daß die Selbstbestimmung der Palästinenser nicht für alle Zeiten ausgeschlossen bleibt. Das heißt zweierlei: Zum einen müssen Zwischenregelungen getroffen werden, die einen stufenweisen Abbau der israelischen Militärpräsenz vorsehen, der parallel geschaltet ist zum Aufbau größeren gegenseitigen Vertrauens. Zum anderen: Es muß für Palästina ein schrittweiser Übergang von der Selbstverwaltung zur Selbstbestimmung vorgesehen werden. Am Ende der Interimsphase muß eine Volksabstimmung stehen, nicht bloß eine „Überprüfung“; die Israelis dürfen das Selbstbestimmungsrecht, das sie für sich selber in Anspruch nehmen, den Palästinensern nicht vorenthalten. Und sie sollten ihre absurde Angst vor einem Palästinenserstaat endlich fahren lassen. Er wäre ein Kristallisationspunkt für die gemäßigten Elemente, schwerlich für die radikalen; er wäre ein Klient Jerusalems eher als Moskaus. Selbst wenn es anders kommen sollte — warum müßte das hochbewaffnete Israel die aufmüpfigen Palästinenser fürchten, wo doch Hussein mit ihnen fertig geworden ist, ebenso wie Assad und die Libanesen?

Vielleicht sind die Verhandlungen während der jüngsten Wochen zu schamlos vor den Fernsehkameras geführt worden, zu laut, zu sehr auf innenpolitische Wirkung bedacht, zu wenig auf außenpolitischen Erfolg. Es ist Zeit, daß sich dies ändert. Zeit vielleicht auch, daß Amerika einzieht: Es bringt wenig, wenn es sich im Hin und Her um die Präliminarien verschleißt. Washington muß einwirken, wo es um die Kernfragen geht: Gebiete, Grenzen, das Schicksal der Palästinenser. Sonst könnte es, nach dem unvermuteten Aufbruch im November 1977, immer noch dahin kommen, daß sich die Sätze aus den Memoiren des gegenwärtigen israelischen Verteidigungsministers Ezer Weizman bewahrheiteten: „Ich höre nicht die Geräusche des Friedens. Statt dessen mache ich ganz klar den Lärm des nächsten Krieges aus...“



Die bewußte Öffnung

## Dosierte D tente

Bonn will DDR nicht überfordern / Von Joachim Nawrocki

Die Bonner Deutschlandpolitiker sind verärgert, „daß alles rausposaunt worden ist“. So ist der Versuch, in einem diskreten Gespräch mit der Ost-Berliner Führung Steine aus dem Weg zu räumen, nicht so glatt angelaufen, wie es sich der Bundeskanzler und sein startbereiter Abgesandter Wischniewski erhofft hatten. Wer konnte da aus der Kabinettsrunde, in der der Vorschlag für Sondierungsgespräche mit der SED-Spitze erörtert wurde, nicht diththalen? Aus welchen Gründen wurde geplaudert? Die Spur verliert sich im Bonner Nebel. Persönliche Eitelkeiten, Rivalitäten und auch schierer Dilettantismus haben in der Deutschlandpolitik seit je eine unruhliche Rolle gespielt.

Dennoch hofft die Bundesregierung noch auf eine positive Reaktion der Ost-Berliner Führung. Wischniewski hockt weiter in den Startlöchern. Die Zögerlichkeit der SED kann mehrere Ursachen haben. Vielleicht mußten auf der Politbüro Sitzung am Dienstag erst die Weichen gestellt werden. Auch eine Abstimmung mit der Sowjetführung war wohl erforderlich. Die Berichte, nach denen Ministerpräsident Willi Stoph am Wochenende in Moskau gewesen sei, klingen vor allem deshalb glaubhaft, weil das Verhältnis zwischen Honecker und Moskaus Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, offenbar irreparabel schlecht ist.

Mit wem und worüber aber könnte Wischniewski reden, wenn er nach Ost-Berlin fahren sollte? In Bonn heißt es, der Gesprächspartner müsse nicht die Nummer eins sein. Der SED-Chef, der so gerne mit dem Bundeskanzler selber konferieren würde, stünde einem Abgesandten des Kanzlers schon aus Prestige Gründen nicht auf Anforderung zur Verfügung. Mit einem Ministerstellvertreter aus dem DDR-Außenministerium wird wiederum Wischniewski kaum ergebnisreiche Gespräche führen können.

Zwar ist nicht zu erwarten, daß ein solches Gespräch neuen Schwung in die innerdeutschen Beziehungen brächte. Dazu ist die Situation der DDR-Führung zu schwierig; sie hat Mühe genug, mit ihren derzeitigen Problemen fertig zu werden und wird sich nicht noch neue aufladen. Es kann also nur darum gehen, den alten, ziemlich erstorbenen Elan vor dem völligen Verenden zu bewahren. In einem diplomatischen Rundblick müssen dabei alle aktuellen Themen erörtert und gewichtet werden.

Die keineswegs neue Idee, Staatsminister Wischniewski nach Ost-Berlin zu schicken, wurde

deshalb neubelebt, weil Bonn den gegenwärtigen Zustand der Verkrampfung überwinden möchte. Deshalb ist die Bundesregierung auch auf zwei Gleisen gefahren: Sie hat zwar gegen den Hin- und Herbeweg des Spiegel und die Abweisung der Oppositionspolitiker protestiert, gleichzeitig aber den Verhandlungskalender strikt eingehalten. Viel wird derzeit ohnehin nicht mit der DDR brodsprochen. Es stehen nur der Ausbau des Grenzkontrollpunktes Herleshausen und der Abschluß eines Veterinärabkommens auf der Tagesordnung. Das nächste interessante Thema, nämlich der Bau einer neuen Autobahn zwischen Berlin und Hamburg, wird nicht vor März auf den Verhandlungstisch kommen.

Beide Seiten lassen keinen Zweifel daran: Ungedachtet aller Mißstimmungen wollen sie weiter miteinander reden. Der Bundeskanzler hat vorige Woche in seiner Regierungserklärung noch einmal betont, er werde sich von der Entspannungs- und Normalisierungspolitik nicht abbringen lassen. Die SED-Presse hat dieser Erklärung ungewöhnlich große Beachtung geschenkt. Auch andere Reaktionen aus Ost-Berlin zeigen, wie sehr die DDR-Führung die „weitere Normalisierung“ wünscht und wie schnell sie die jüngsten Zwischenfälle vergessen lassen möchte.

Aber hier wie dort bestehe Anlaß zur Bestandsaufnahme: Nicht weil der Fundus an gemeinsamer Politik so groß wäre, sondern weil er durch unvorhergesehene Ereignisse wie die Manifest-Veröffentlichung so schnell gefährdet werden kann. Die Überreaktion der DDR-Führung auf ein anonymes, widersprüchliches und fehlerhaftes Papier hat die Vermutung über die Unsicherheit des SED-Regimes bestärkt. Deshalb wird in Bonn wieder die Frage gestellt, wie Entspannungspolitik so dosiert werden kann, daß unkontrollierbare Reaktionen ausgeschlossen sind.

Alle weitergehenden Bonner Sorgen sind freilich überflüssig: Die Hiobsbotschaften von einer explosiven Stimmung in der DDR, von Machtkämpfen oder gar von sowjetischen Interventionsdrohungen sind — gelinde gesagt — überzogen. Kein Politbüromitglied und kein Sowjetführer wird ohne große Not die dramatischen Folgen riskieren, die der Führungswechsel mit sich brächte. Ein solcher Ernstfall ist — auch wenn die DDR-Bürger meckern und die Wirtschaftsfunktionäre stöhnen — nicht zu erwarten. Zur Hektik in der Deutschlandpolitik besteht deshalb kein Anlaß.

## Lebers neuester Skandal

Der Bundesverteidigungsminister hat es bestätigt: Vor drei Jahren hat der Militärische Abschirmdienst (MAD), der die Spionageabwehr in den Streitkräften führt, einen Lauschangriff gegen die Sekretärin des Ministers unternommen. Sie wurde in ihrer Wohnung abgehört, dort war eine Wanze angebracht. Die Kette der Skandale, Ungeschicklichkeiten und Unbegreiflichkeiten auf der Hardthöhe verlängert sich dadurch um ein weiteres Glied.

Der MAD wird seit längerem von allerhand Gerüchten umschwirrt. Jetzt ist zum erstmalig belegbar, daß es dort nicht immer mit rechten Dingen zugeht.

Drei Fragen stellen sich. Erstens: Wußte Herbert Wehner davon, als er während der Traube-Affäre andeutete, es ständen noch manche derartige Enthüllungen zu befürchten?

Zweitens: Wußte die Bundesregierung davon, als sie damals proklamierte, der Lauschangriff auf Traube sei ein Einzelfall?

Drittens: Muß sich der Bundeskanzler heute nicht Vorwürfe machen, daß er sich vor vier Wochen gegen Lebers Rücktritt entschied? Der Verteidigungsminister ist ein „Unfall“ geworden. Sein Abgang läßt sich allenfalls verzögern, doch nicht mehr verhindern. Th. S.

## Gesetz auf Zeit?

Oppositionsführer Helmut Kohl hat einen erwägenswerten Vorschlag gemacht, wie der Sorge über die schleidende Aushöhlung des Rechtsstaates durch immer neue Anti-Terror-Gesetze begegnet werden könnte: Die der Terrorbekämpfung dienenden Bestimmungen sollten nur auf Zeit gelten, so daß „der alte Zustand sich nach einem bestimmten Zeitablauf wieder herstellt“.

Beim Kontaktparagesetz wäre eine solche Regelung zu wünschen gewesen; sie ließe sich auch nachträglich noch einführen. Aber sonst? Die Mehrzahl der als Antwort auf den Terrorismus beschlossenen Restriktionen trägt den Anspruch auf unbefristete Geltung heute schon in sich. Dazu gehören Bestimmungen gegen „terroristische“ — statt nur „kriminelle“ — Vereinigungen, das Verbot der Mehrfachverteidigung, die Möglichkeit, Angeklagte auch in Abwesenheit abzuurteilen. Ähnliches gilt für die noch ausstehenden Gesetzesvorhaben. Wenn erst einmal in allen Strafprozessen der einfache Verdacht — an Stelle des dringenden — der Konspiration für den Verteidiger-Ausschluß genügt, böte auch das Ende des Terrors keinen zwingenden Anlaß, solch bequeme Disziplinierungsmöglichkeit wieder aufzugeben. Wenn die Polizei erst einmal ein Stückchen eigener Verfolgungs-Kompetenz gewonnen hat, wird sie immer neue Gründe suchen, sich ganz und gar vom Weisungsrecht der Staatsanwaltschaft abzukoppeln. Solche Entwicklungen haben ihre eigene Dynamik. Der Anstoß wird dann meist rasch vergessen.

Gerade deswegen sollte Helmut Kohls Vorschlag sorgsam geprüft werden. Vielleicht schafft er wenigstens in Teilbereichen die Grundlage für vernünftige Kompromisse. H. Sch.

## Einschüchterung

Leonid Breschnjew scheint nicht so krank zu sein, daß er auf das Briefeschreiben verzichten müßte. Per Postwurfsendung richtete er um die Jahreswende barsche Worte zum Thema Neutronenbombe an die westlichen Kanzleien. Das russische Rundschreiben malte düstere Konsequenzen für die Entspannung an die Wand, falls die Nato ihre Arsenale mit dieser Gefechtsfeldwaffe auffüllen sollte.

Neu an dieser Warnung ist nur, daß sie aus der Feder des sowjetischen KP-Chefs fließt; die Agitprop-Kampagne gegen die Neutronenwaffe läuft ja seit einiger Zeit schon auf vollen Touren. Die moralische Entrüstung des Ostens ist freilich ebenso deplaziert wie verständlich. Deplaziert, weil die eng abgezielte Zerstörungskraft der Neutronenbombe ihren Einsatz gegen gepanzerte Angriffskeile erlaubt, ohne daß so viele eigene Zivilisten geopfert werden müssen wie bei den gegenwärtigen taktischen Atomwaffen. Verständlich, weil der Warschauer Pakt durch diese Waffe seine Panzerüberlegenheit gefährdet sieht.

Wir sollten uns durch Breschnjews rüden Einschüchterungsversuch nicht einschüchtern lassen. Drehen wir den Spieß lieber um und fragen den Entspannungspostel Breschnjew nach dem moralischen Gewicht jener neuen Megatonnen-Raketen, die auf Westeuropa zielen.

Aber wir müssen uns auch selbst fragen, ob die Einführung der Neutronenwaffe wirklich nötig und nützlich ist. Nützig wäre sie nur, wenn die Sowjets ihre Panzerübermacht nicht einvernehmlich abbauten, und nützlich bloß, solange der Westen allein über die neuen Waffen verfügt. Wäre es da nicht besser, erst zu parlieren, dann zu modernisieren?

Die Begrenzung der strategischen Waffen bereitet schon genug Kopfzerbrechen; einen taktischen Rüstungswettlauf in Europa sollten wir uns ersparen. Fragen wir ruhig bei Herrn Breschnjew — oder jenen, die sich jetzt auf seine Nachfolge rüsten — an, worauf sie wohl zu verzichten bereit wären, wenn wir die Finger von der Neutronenbombe ließen. j

## DIESE WOCHE

Politik	1-10
Politische Woche	8
Länderspiegel	11-12
Politisches Buch	13
Themen der Zeit	14
Wirtschaft	15-22
Berufe	23-28
Feuilleton	29-35
Theaterspielpläne	33
Impressum	33, 48
Literatur	34
Kritik und Information	36
Reise	37-44
Leserbriefe	48
Wissenschaft	49
Modernes Leben	45-52

- 3 Genschers Prognose für 1978  
Rolf Zundel sprach mit dem FDP-Vorsitzenden. Seine Prognose: Es wird schwierig, aber nicht schlecht
- 15 Sieger sind sie alle  
Rainer Frenkel: Die deutschen Autohersteller können die Auftragsflut nicht bewältigen
- 46 New York, zum erstmalig  
Wolfram Siebeck: Die schockierenden Erlebnisse eines arglosen Reisenden
- 52 Ist Ferenc Sos der Mörder?  
Jost Nolte: Ein „Kronzeuge“ beschuldigt seinen Komplizen des fünffachen Mordes



**Kohle — die Alternative?**  
Der Rohstoff, der einst als „schwarzes Gold“ galt und derzeit viel Geld kostet, steht im Brennpunkt der Energiediskussion. Rettet uns die Kernkraft oder die Kohle, wenn das Öl knapp wird?